

Im Oktober wird gewählt : eben doch eine Hoffnungswahl

Autor(en): **Daguet, André**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **66 (1987)**

Heft 10

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Im Oktober wird gewählt: Eben doch eine Hoffnungswahl

Von André Daguet, Leitender Zentralsekretär SPS

In wenigen Tagen ist eidgenössischer Wahltag. Niemand wagt so recht einzuschätzen, was dabei herauskommt. Für die einen ist es eine Hoffnungswahl, für die anderen bleibt alles beim alten.

In einem sind sich alle einig: Politiker und Politik verlieren an öffentlichem Vertrauen. Immer weniger glauben daran, dass das Parlament in Bern noch einmal in der Lage sein wird, lebenswichtige politische Fragen mit Erfolg zu lösen. Die Folge davon: Rückzug aus der Öffentlichkeit, zunehmende Stimm- und Wahlabstinenz. So gesehen besteht wenig Chance, dass der 18. Oktober zur Hoffnungswahl wird.

Bürgerblock in der Defensive

Der politische Vertrauensverlust trifft am meisten diejenigen Parteien, die am stärksten in die Institutionen unseres politischen Systems eingezwängt sind, vorab die Bundesratsparteien. Mit Recht. Viele Parteien kämpfen in diesen Tagen um die Erhaltung ihres Machtanteils. Sie sind in der Defensive.

Auch wir sind Bundesratspartei, nicht immer glücklich mit unserer eigenen Rolle: nur allzu oft haben wir für die Bürgerlichen Steigbügelhalter der Nation gespielt. Auch wir kämpfen um unseren bisherigen Wähleranteil und um unsere Sitze in Bern. Allerdings nicht aus der Defensive. Wir könnten dies schon gar nicht. Denn nur zu oft sind wir in der Vergangenheit an der bür-

gerlichen Mehrheitsfront gescheitert, an ihrer Verhinderungspolitik, ihrer Verschleppungstaktik und ihren Nullösungen. Ein Blick zurück macht dies klar: 12 Jahre für ein Umweltschutzgesetz, 15 Jahre für ein gescheitertes Konsumkreditgesetz, 16 Jahre Warten auf ein Datenschutzgesetz (das noch nicht in Sicht ist!), eine 10. AHV-Revision, die seit langem blockiert wird und zu allem erst noch nichts kosten soll!

Wir haben gar keine andere Wahl

Unser politischer Anspruch für die kommenden vier Jahre kann nicht ein Anspruch aus der Defensive sein, sondern ist ein Stück politische Hoffnung:

Mit der Umweltpolitik kann es so nicht mehr weitergehen, wenn wir überleben wollen. Und der Ausstieg aus dem Atomstaat muss jetzt beginnen, wenn es nicht zu spät sein soll.

Und auch in der Sozialpolitik muss einiges in Bewegung geraten: in der Krankenversicherung, bei der beruflichen Vorsorge und bei der AHV.

Wer solche politische Akzente setzt, kann nicht auf Vergangenheit bauen. Das müssen wir den Bürgerlichen überlassen. Sie wären froh, wenn alles so bleibt, wie gehabt. So könnten sie weiterregieren wie bisher, solange sie noch etwas zu regieren haben.

Das liegt für uns nicht drin: Die SP muss ihre Hoffnung vielmehr darauf setzen, dass am 18.

Oktober einiges ins Rollen kommt. Eine soziale-grüne Stärkung braucht nicht nur das Parlament, das gibt uns auch Gewicht in der Regierungspolitik und gegenüber der Verwaltung.

Wir haben es in der Hand

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen müssen zwangsläufig auf eine neue Karte setzen. Eine Voraussetzung haben wir immerhin geschafft, um Neues zu erreichen: auf den SP-Listen kandidieren im Landesdurchschnitt 40% Frauen. Noch nie dagewesen in unserer Partei. Grund zur Freude? Ja, aber erst wenn nach dem 18. Oktober tatsächlich einige SP-Frauen mehr in der SP-Fraktion sitzen.

Ob dies kommt oder nicht, hängt für einmal nicht von den bürgerlichen Wählern ab, da müssen wir schon selber dafür sorgen. Mit anderen Worten: ein Stück politische Hoffnung haben wir selber in der Hand.

Also doch eine kleine Chance, dass die Wahlen vom 18. Oktober zur Hoffnungswahl werden. Nutzen wir sie!